

zwischen den vielen annehmen kann, die kaum etwas zu verlieren, und den wenigen, die alles zu verlieren haben“, warnen die Bischöfe. Sie fordern eine Reform des Bodenrechts, ohne die der von sozialem Unrecht gezeichnete Konflikt nicht zu überwinden sei: „Reformen werden von dem Augenblick an *juristisch* möglich, in dem man sich dessen bewußt wird, daß sie *sozial* notwendig sind. Wer sich der Arbeit an diesen Reformen, die zu einer umfassenden Veränderung der Gesellschaft führen können, verweigert, radikalisiert in Wirklichkeit den Veränderungsprozeß.“

Da eine prinzipiell wünschenswerte totale Neuformulierung überkommener Städteplanungsmodelle ein Fernziel sei, das schon wegen der Investitionskosten zum jetzigen Zeitpunkt unrealisierbar sei, regen die Bischöfe *kurzfristige Maßnahmen* an, wie zum Beispiel eine Regelung in den besetzten Stadtgebieten, die den Bewohnern den Grund und Boden überläßt und ihnen auf der Grundlage von Eigenbau und Nachbarschaftshilfe zu einer menschenwürdigen Behausung ver-

hilft; die Bereitstellung von Bauland, das bereits über die notwendige Infrastruktur verfügt, und die Novellierung der Steuergesetze „mit dem Ziel, daß städtischer Grund und Boden eine soziale Bestimmung erfährt“: „Die Nutzung des Bodens darf keinesfalls den Launen des Marktes überlassen werden.“ Großen Wert legen die Bischöfe auf die Beteiligung der betroffenen Bevölkerung an allen Urbanisierungsmaßnahmen. Gerade die Armen hätten ein bewunderswertes Maß an schöpferischer Kraft, Kampf- und Leidensfähigkeit bewiesen, um aus dem Nichts immerhin ihre armseligen Hütten zu errichten: „Wenn die Armenviertel aus eigener Kraft und mit solch geringen Mitteln derartiges leisten, wozu sind sie dann wohl imstande, wenn ihnen die Mitarbeit und die Hilfe zuteil würde, die sie fordern?“

An die eigene Adresse, kirchliche Stellen und alle Katholiken, richten die Bischöfe die Bitte, mehr als bisher alle Initiativen zu unterstützen, in denen sich das Volk artikuliert und organisiert, wie zum Beispiel die *„Bewegung zur Verteidigung der Bewohner von*

*Elendsvierteln*“. Der Rechtsbeistand für die armen Siedler soll auf weitere Städte ausgedehnt werden; dabei müsse vor allem jene Art von „Mystifizierung“ entlarvt werden, die den gerechten Kampf der armen Bevölkerung um ein Stück Grund und Boden mit Subversion gleichsetze. Es gelte, alle Kräfte einzusetzen, um das Gewissen der Brasilianer für die Schwere des Problems wachzurütteln. Was das eigene Zeugnis angehe, gestehe die Kirche ein, daß sie noch einen weiten Weg vor sich habe.

Den Kommunalpolitikern und Städtebau-Experten mag manche grundlegende Forderung der Bischöfe utopisch erscheinen. Es läßt sich jedoch nicht bestreiten, daß ihr Dokument auch realisierbare Anregungen enthält. Der Wert dieser bischöflichen Denkschrift liegt nicht zuletzt darin, daß eine der großen Ortskirchen der Dritten Welt erneut die Bereitschaft bekundet, Verantwortung für das Leben ihres Volkes zu übernehmen, insbesondere an den „Schauplätzen des Elends“, wie sie sich in jeder brasilianischen Großstadt darbieten. G. B.

## Entwicklungen

# Neue Akzente nach langer Zurückhaltung?

## Stimmen aus der katholischen Kirche in der DDR zu Frieden und Abrüstung

„Die Friedensfrage muß zum Thema eines verbindlichen öffentlichen Gesprächs auf allen Ebenen der katholischen Kirche in der DDR werden. Was katholische Christen in dieser Sache denken, fühlen, glauben und hoffen, müssen sie auch in ihrer Kirche zur Sprache bringen können.“ Diese thesenartigen Forderungen enthält eine „Stellungnahme zum Friedenszeugnis der Kirche in der DDR“, die der „Aktionskreis Halle“ (AKH), Ende Mai erarbeitet und einem größeren Kreis von Empfängern in der DDR wie in der Bundesrepublik zugeleitet hat. Die Bedeutung des Kreises, der sich Ende der 60er Jahre aus Priestern und Laien hauptsächlich im sächsischen Raum gebildet und der seither von Zeit zu Zeit eine gewisse, auch publizistische Aktivität entwickelt hat, ist umstritten. Die Bischöfe und mit ihnen gewiß auch ein nicht unwesentlicher Teil der katholischen Intelligenz in der DDR stehen ihm eher kritisch gegenüber. Man wirft seinen Mitgliedern eine

nicht ungefährliche Unbekümmertheit im Umgang mit den politisch-gesellschaftlichen Realitäten und zugleich Mangel an Solidarität mit der Kirchenführung vor, deren Position durch die kritische Distanz zur kirchenpolitischen Linie des Episkopats geschwächt werde.

### Eine brennend aktuelle Frage

Dennoch kann schwerlich übersehen werden, daß die knapp fünfseitige Stellungnahme des Kreises zum Thema Frieden eine zur Zeit auch in der DDR brennend aktuelle Frage aufgegriffen und in ihren spezifischen Bezügen zur katholischen Kirche zu beantworten versucht hat. „Kritisch müssen wir feststellen, daß wir selber und mit uns die ganze katholische Kirche in der DDR hinter der Forderung, Frieden als etwas Wichtiges, ja das Wichtigste zu

verstehen, weit zurückgeblieben sind“, heißt es weiter in dem Papier aus Halle, das die Handschrift von Sachkennern der gegenwärtig in Ost und West heftig diskutierten Friedensfrage erkennen läßt.

Die Verfasser monieren u. a., daß seit dem Beschluß der Dresdener Pastoralynode von 1975 über den „Dienst der Kirche für Versöhnung und Frieden“ keine öffentliche Diskussion über die Friedensaufgaben der katholischen Kirche in der DDR mehr stattgefunden habe. Der *Synodenbeschluß von Dresden* aber spiele im Leben der Gemeinden „so gut wie keine Rolle“, ja, sei weitgehend unbekannt. Es gebe keine kirchliche Infrastruktur für den Umgang mit der Friedensaufgabe. Die „Sprachlosigkeit der Kirche“ beunruhige viele, vor allem junge Menschen. Denn die quer durch die christlichen Kirchen verlaufende Friedensdiskussion mache vor den Türen der katholischen Kirche nicht halt.

### Ursachen der Zurückhaltung

Verhält sich nun die katholische Kirche in der DDR in der Friedenthematik so passiv, wie dies der AKH beklagt und wie es für den Außenstehenden den Anschein hat? Breite Resonanz findet das Thema Frieden jedenfalls innerhalb der *evangelischen Kirche* in der DDR, vor allem unter jungen Leuten, die sich von der dort in Gang gekommenen, z. T. heftigen Diskussion angezogen fühlen (vgl. HK, Mai 1982, 217 ff.) Der Slogan „Schwerter zu Pflugscharen“ und das vom sowjetischen Denkmal vor dem New Yorker UNO-Gebäude abgeleitete Symbol entsprachen einer Anregung der evangelischen Kirchen anläßlich der *Friedensdekade 1981*. Ihre Initiatoren konnten die brisante Reaktion auf die damit in Gang gekommene Bewegung wohl kaum ermessen. Das Verbot der Behörden für das Tragen der Aufhänger mit dem Signet des Denkmals hat die Kirche erst recht zum Hort der Friedensbewegung werden lassen. Aber die katholische Kirche hielt sich bisher in der Tat auffallend zurück.

Diese Zurückhaltung in der Friedensdiskussion beruht auf *mehreren Ursachen*. Eine davon ist die gegenüber der protestantischen Kirche andere Verfaßtheit und Struktur. Ferner wird man bei der Beurteilung dieses Phänomens die in beiden Kirchen unterschiedlichen Denktraditionen berücksichtigen müssen. Schließlich ist auf die Minderheitensituation der Katholiken hinzuweisen.

Im Bewußtsein, eine kleine *Minderheit* innerhalb der Bevölkerung der DDR darzustellen, hat man sich zu der Erkenntnis durchgerungen, daß offizielle Stellungnahmen, Kanzelabkündigungen, Hirtenworte usw. nur eine begrenzte Öffentlichkeitswirkung haben. Solche Instrumente sind daher auch in der Vergangenheit ziemlich selten und nur in wichtigen Fällen benutzt worden. Trotz sinkender Mitgliederzahlen kann sich die katholische Kirche – im Gegensatz zur evangelischen – noch immer auf einen relativ zahlreichen sonntäglichen Gottesdienstbesuch stützen. Der innerkirchliche Informationsfluß von

oben nach unten ist somit weitgehend sichergestellt. Sie erreicht Sonntag für Sonntag eine ziemlich konstante Zahl ihrer Gläubigen und vermag mit der Predigt unmittelbar auf sie einzuwirken. Die Protestanten suchen diese Verbindung eher in freien Gesprächskreisen und Diskussionsforen, besonders aber auf den jährlichen Synoden.

Seit Anfang der 60er Jahre, also seit dem Amtsantritt des 1979 verstorbenen Bischofs von Berlin, Kardinal *Alfred Bengsch*, verfolgte die katholische Kirche in der DDR die Linie der politischen Abstinenz und erreichte auf diese Weise die Nichteinmischung des Staates in ihre Angelegenheiten. Die Furcht der Bischöfe, über ein stärkeres kirchliches Engagement in der Friedensfrage unversehens in die Politik hineingezogen zu werden, erscheint nicht unbegründet. Die offensichtliche Zurückhaltung der katholischen Kirchenführung sollte freilich nicht zu der Annahme verleiten, als sei das Thema Frieden in der Kirche tabu. Die Kirche ist auf diesem Gebiet nicht einfach zum „unbeteiligten Zuschauer“ geworden, wie es in der Stellungnahme des AKH heißt. Sie könnte sich eine solche Haltung weder aus ihrem Glaubensverständnis noch aus ihrer konkreten Situation in der DDR leisten. Dennoch könnte hier ein erster Konflikt entstehen. „Zunehmend mehr junge Katholiken suchen den Raum der evangelischen Kirche, wenn sie ihr Friedensengagement verdeutlichen wollen“, schreibt *Klemens Richter* in einem Aufsatz „Katholische Kirche in der DDR und Friedensbewegung“ (Deutschland-Archiv, Heft 7/82).

Für die Bischöfe stellt sich damit die Frage, wie *deutlich* und *unmittelbar zeitbezogen* sie auf die mit dem Friedenthema verflochtenen Fragen eingehen sollen. Der AKH dürfte es sich zu einfach machen mit der Forderung: „Wir brauchen eine situationsbezogene Vermittlung gesamt-kirchlicher Äußerungen zu Frieden und Abrüstung durch die katholische Kirche in der DDR.“ Er hat aber recht, wenn er fortfährt, Friedensworte aus der Weltkirche verdienten es, mit der gleichen Aufmerksamkeit gehört und umgesetzt zu werden wie „Aussagen zur katholischen Lehre und Disziplin“. Gegenwärtig verstärkt sich der Eindruck, als tasteten sich die Bischöfe behutsam an das Friedenthema heran. Es gibt eine Reihe von Zeugnissen, die zeigen, daß die katholische Kirche in der DDR die Gläubigen mit den sie bedrängenden Friedensfragen nicht allein lassen will.

### Gegen „penetrante Erziehung zur Verteidigung“

Bereits im Frühjahr 1982 haben mindestens vier Bischöfe in der DDR das Thema Frieden in verschiedener Form mündlich und schriftlich aufgegriffen. So erließ der Apostolische Administrator in Schwerin, Bischof *Heinrich Theissing*, am 17. Februar ein Hirtenwort zur österlichen Bußzeit, das am 1. Fastensonntag von allen Kanzeln verlesen wurde. „Im Dienst der Versöhnung und des Friedens“ lautete das Motto. Fast gleichzeitig begann der

Apostolische Administrator in Erfurt, Bischof *Joachim Wanke*, mit einer Predigtreihe zum gleichen Thema. Auch Bischof *Johannes Braun*, Administrator in Magdeburg, soll sich seinerzeit dieser Problematik angenommen haben. Der Bischof von Berlin, *Joachim Meisner*, ließ eine Handreichung für drei Glaubensstunden zum Thema Frieden erstellen, die als Orientierungshilfe für die Gemeinden gedacht war. Das Jugendseelsorgeamt des Bistums Dresden – Meissen gab vor einigen Monaten den Pfarrern „Pastorale Hinweise für die Seelsorge an Wehrpflichtigen“ an die Hand, die freilich nicht zur Veröffentlichung bestimmt waren.

Die hier genannten Dokumente sind jedoch von unterschiedlichem Charakter. Einige bewegen sich gedanklich und sprachlich eher im herkömmlichen Rahmen, andere lassen neue Töne mit je eigenem Akzent anklingen. Besonders deutlich artikuliert Bischof Wanke in seinen Fastenpredigten die Antwort der Kirche auf die Gefühle und Ängste der Menschen in der DDR. „Es ist kein Geheimnis, daß bei vielen Menschen die Angst vor der Möglichkeit eines neuen Krieges wächst“, heißt es dort einleitend. „Diese Angst teilen wir auch. Mancherlei Anzeichen deuten darauf hin, daß kriegerische Auseinandersetzungen für unvermeidbar gehalten und entsprechende Vorbereitungen getroffen werden, obgleich allen im Grunde bewußt ist, daß ein Krieg mit den neuen technischen Waffen das Ende des menschlichen Lebens auf unserer Erde bedeuten würde.“

Er wendet sich u. a. gegen „die penetrante Erziehung zur Verteidigung und zur Verteidigungsbereitschaft“, die „uns die Vorstellung einflößt, wir müßten uns ständig verteidigen“. Eine große Gefahr für den Frieden nennt der Bischof die „Machtkonzentration in den Händen weniger“ und die „Überzeugung, daß Gewalt ein geeignetes Mittel“ sei, „zum guten Ziel zu kommen“. Er warnt vor den einfach klingenden Abrüstungsparolen, z. B., „schaffen wir die Atombombe ab!“ Ehe man von anderen den Frieden rettende Maßnahmen erwarte, sei es gut zu fragen, ob überhaupt Voraussetzungen dafür gegeben seien. Die Parole „Frieden schaffen“ hält Wanke für „verräterisch“. Zwar sei vieles „machbar“; aber es gebe „Wirklichkeiten, die nicht einfach zu produzieren sind wie Konsumgüter“. Dazu gehöre auch der Friede.

### Achtung vor der Gewissensentscheidung des einzelnen

In der 4. Predigt mit dem Motto „Friedensdienst in unserer geschichtlichen Stunde“ erläutert der Erfurter Administrator, daß die Kirche den „absoluten Pazifismus“ nicht vertrete. Auch heute dürfe der Gedanke, daß „es grundsätzlich einen gerechten Krieg geben kann“ nicht einfach als „Irrweg“ bezeichnet werden. Allerdings bleibe die Frage, ob bei dem heutigen Rüstungspotential, vor allem der Großmächte, nicht jeder Krieg schon ungerecht

würde. Wanke warnt davor, jedem, der Wehrdienst leistet und die Waffe zur Hand nimmt, das Christsein abzusprenken. Es müsse auch die Überzeugung ernst genommen werden, daß heute das „Gleichgewicht entgegengesetzter Kräfte“ den Ausbruch des Krieges verhindert habe, allerdings ein „notwendiges Übel“, wie der Bischof hinzufügt.

Unter Hinweis auf die ersten Warnungen vor dem „Wahnsinn“ eines Krieges, die sowohl die Päpste seit Johannes XXIII. als auch das II. Vatikanische Konzil ausgesprochen haben, schneidet Wanke auch die heikle Frage nach dem *Waffendienst* an. „Wir plädieren sehr dafür“, erklärte er, „daß in dieser Frage der einzelne eine Gewissensentscheidung fällen muß. Er kann und darf sich die Gewissensentscheidung nicht durch staatliches Gesetz abnehmen lassen, darf sich weder durch Versprechungen guter Berufsaussichten noch durch irgendeine Drohung beeinflussen lassen.“ In diesem Zusammenhang weist der Bischof auf die Möglichkeit des Dienstes in den Baueinheiten der Volksarmee hin. Jeder Priester könne darüber nähere Auskunft geben. Wenn mancher auch zu diesem „Wehrersatzdienst“ nicht bereit sei, „dann sollten wir auch vor dieser Gewissensentscheidung Achtung haben“.

Wanke nennt es „unfair“, daß junge Männer dazu überredet und „oft hart bedrängt“ werden, länger als die vorgeschriebenen 18 Monate zu dienen, oder wenn die Möglichkeit des Hochschulstudiums an die Bereitschaft gebunden werde, Reserve-Offizier zu werden. Die Kirche erfülle es mit Trauer, daß es „übel genommen“ werde, wenn ein Bürger der DDR „über mögliche Formen eines zivilen Wehrersatzdienstes nachdenken und sprechen will“. Wörtlich: „Wir möchten uns ganz entschieden dagegen wehren, daß Überlegungen solcher Art, die aus ehrlicher Friedensgesinnung kommen, von vornherein als ungesetzlich oder verfassungsfeindlich, als vom Feinde ausgehend verunglimpft werden. Wir verbürgen uns dafür, daß junge Menschen, die nach solchen Möglichkeiten fragen, sich nicht drücken wollen vor Opfern und Schwierigkeiten, sondern ihrem Gewissen folgen und den bestmöglichen Dienst für den Frieden leisten möchten.“

Schließlich greift der Administrator das leidige Problem des „*Wehrunterrichts*“ in den Schulen auf, mit dem sich die Bischöfe bereits in ihrem letzten Hirtenwort kritisch befaßt hatten. Mit Erziehung zum Frieden seien dieser Unterricht und die vormilitärische Ausbildung von Schülern nicht vereinbar, meint der Bischof. Damit werde eher das Freund-Feind-Denken geweckt, das einer Friedensgesinnung entgegenstehe. „Mit schmerzlicher Betroffenheit nehmen wir wahr, daß immer jüngere Jahrgänge von Heranwachsenden mit militärischem Gedankengut vertraut gemacht werden“, erklärt Wanke. Die Weckung von Begeisterung für militärische Übungen müsse zwangsläufig die Herzen vergiften, meint er. Es gehe ihm nicht um die Einmischung in gesellschaftspolitische Fragen, sondern um den Frieden und den christlichen Beitrag zu seiner Wahrung und Vertiefung.

Die staatlichen Stellen der DDR, nervös geworden durch den Umfang und die Intensität der Friedensbewegung,

werden es anders sehen. Der Vorsitzende des Bundes der evangelischen Kirchen in der DDR, Bischof *Werner Krusche*, erklärte 1978: „Die Kirchen haben keine eigene Friedenspolitik zu betreiben. Aber sie haben jeweils zu ‚prüfen‘ (Röm. 12, 12), was dem Frieden dient, und müssen darum auch Stellung nehmen und sich je und je konkret äußern ... Sie sind nur solange friedensfördernde Größen, als sie trotz aller Einbindung in ihre jeweilige Gesellschaft sich ein solches Maß an Freiheit bewahren, daß sie sich nicht vor den Wagen eigener nationaler Interessen spannen lassen ... daß sie also nicht einfach zu Verstärkern der Außenpolitik des eigenen Staates werden. Wenn Kirchen nur noch diese Verstärkerrolle spielen, fallen sie als Potential zur Konfliktregelung und also als ‚Friedensmacher‘ aus“ (Mitteilungsblatt des DDR-Kirchenbundes, September 1978, S. 34 ff.).

Die *protestantischen Linien* in der Friedensdiskussion verlaufen – entsprechend der von Bischof Schönherr vor einigen Jahren erhobenen Maxime, daß man „Kirche im Sozialismus“ sein wolle – weiter vorn an der Front der Auseinandersetzung mit dem wachsenden und aggressiver werdenden Militarismus in der DDR. Auf katholischer Seite beginnen engagierte Gläubige die Kirche zu drängen, die theologischen Aussagen zu Krieg und Kriegsdienst aus den 50er und 60er Jahren angesichts der heutigen veränderten militärtechnischen Situation zu überprüfen. Der „Aktionskreis Halle“ deutet mit seinem Papier die Richtung an. Vielleicht wird es künftig möglich, daß die evangelische und die katholische Kirche in der DDR auch in dieser Frage aufeinanderzugehen. Das je eigene Argumentationsprofil müßte darunter ja nicht unbedingt leiden.

*Ernst-Alfred Jauch*

## Der Weltkirchenrat auf dem Weg nach Vancouver

### Zur diesjährigen Zentralaussschußtagung des ÖRK

Im kanadischen Vancouver wird vom 24. Juli bis 10. August des kommenden Jahres die sechste Vollversammlung des Weltkirchenrats seit seiner Gründung im Jahr 1948 stattfinden. Es ist Aufgabe der Vollversammlung, die unter dem Thema „Jesus Christus, das Leben der Welt“ steht, die allgemeinen Richtlinien für die Arbeit des ÖRK in den darauffolgenden Jahren festzulegen. Deren Konkretisierung wird dem neuen Zentralaussschuß zufallen, dessen Mitglieder in Vancouver zu wählen sind. Der noch amtierende, auf der Vollversammlung von Nairobi 1975 gewählte Zentralaussschuß traf sich zu seiner letzten Tagung vom 19. bis 28. Juli in Genf. Dabei ging es vor allem um die *Sichtung der Arbeitsergebnisse* aus den einzelnen Programmeinheiten und um die *Formulierung von inhaltlichen Wünschen und Vorschlägen* für die kommende Vollversammlung, wie sie sich aus den jetzt weitgehend abgeschlossenen Programmen und Studien der letzten Jahre ergeben. Über einzelne Themen und Projekte hinaus traten während der Tagung nochmals deutlich die Schwerpunkte ans Licht, die das Handeln des Weltkirchenrates teils seit Nairobi, teils auch schon länger bestimmen wie auch die Spannungen und Schwierigkeiten, die damit verbunden sind.

### Evangelisation und Politik

Im Anschluß an die Vollversammlung von 1975 in Nairobi (vgl. HK, Februar 1976, 93–99) hatte man *vier Programmschwerpunkte* für die Arbeit des ÖRK festgelegt: Ausdruck und Verkündigung des Glaubens an den dreieinigen Gott; das Streben nach einer gerechten, partizipato-

rischen und überlebensfähigen Gesellschaft; die Einheit der Kirche und ihr Verhältnis zur Einheit der Menschheit; Bildung und Erneuerung auf der Suche nach wahrer Gemeinschaft.

Als wichtigen Schritt für den weiteren Weg zur *Einheit der Kirche* konnte man in Genf die Konvergenzklärungen der Kommission für Glauben und Kirchenverfassung zu Taufe, Eucharistie und Amt begrüßen (vgl. die ausführliche Vorstellung der Erklärungen in HK, August 1982, 376–379). Die Mitgliedskirchen des ÖRK wurden vom Zentralaussschuß gebeten, so weit als möglich das ganze Volk Gottes auf allen Ebenen des kirchlichen Lebens am geistlichen Prozeß der Rezeption der Texte zu beteiligen. Befürwortet wurde auch der Plan, 1987 eine Weltkonferenz von „Faith and Order“ abzuhalten.

Zur Programmeinheit I gehört neben der Kommission für Glauben und Kirchenverfassung auch die Kommission für Weltmission und Evangelisation, die vor zwei Jahren die Weltmissionskonferenz von Melbourne veranstaltete (vgl. HK, Juli 1980, 335–338). Nicht zuletzt als Ergebnis jener Konferenz wurde in der Zwischenzeit von der Kommission eine „ökumenische Positionsbeschreibung“ zum Thema „*Mission und Evangelisation*“ ausgearbeitet, die jetzt dem Zentralaussschuß vorlag, von diesem mit einigen Änderungen gebilligt und zur Weiterleitung an die Kirchen empfohlen wurde. Das Dokument, an dem auch katholische Theologen mitgearbeitet haben, ist stark von der Emphase geprägt, mit der in Melbourne die *Verheißung des Reiches Gottes zugunsten der Armen* herausgestellt wurde. Gleichzeitig ist es aber um ein umfassendes, der unterschiedlichen Situation der einzelnen Kirchen Rech-